

November 2010

Votum: Transparenz bei den Parteifinanzen, Abstimmungs- und Wahlkampagnen 2010

Herr Ratspräsident
Herr Staatsschreiber
Werte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Ich danke dem Regierungsrat für die positive Antwort.

Im kantonalen Wahlkampf 2010 war die Partei- und Kampagnenfinanzierung verschiedentlich Thema – auch bei den jüngsten Abstimmungen am vergangenen Wochenende war dies der Fall. Und die letzten nationalen Wahlen 2007 haben auch in unserem Kanton gezeigt, wie unterschiedlich die finanziellen Mittel auf die Parteien verteilt sind.

In demokratischen Systemen ist Politik nicht kostenlos. Zuwendungen privater und juristischer Personen an politische Parteien und Kampagnen unterstützen den demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess. Das soll mit diesem Vorstoss sicher nicht unterbunden, aber transparent gemacht werden.

Die Finanzierung von politischen Parteien ist zum heutigen Zeitpunkt ein äusserst unregelmässiger und intransparenter Teil des politischen Geschehens. Dies macht die Schweiz und auch unseren Kanton zu einem Sonderfall im internationalen Vergleich. Das Kernproblem besteht darin, dass die Quellen der Finanzierung nicht bekannt gegeben werden. Dadurch können einerseits Spenden von fragwürdigen Personen oder Institutionen angenommen werden. Andererseits bleibt im Dunkeln, wer welche Anliegen oder Parteien mit welchen Eigeninteressen unterstützt. Diese Tatsache oder schon nur bestehende Vermutungen führen unweigerlich zu einer Gefährdung der Legitimation von politischen Parteien oder von Entscheiden.

Zur Erinnerung: Noch nie wurde so viel Geld ausgegeben wie bei den nationalen Wahlen 2007. Fehlt es bei einer solchen Parteienfinanzierung an Transparenz, ist es den Stimmberechtigten nicht möglich, sich ein ausgewogenes Bild über die finanzgebundene Interessenlage der Parteien zu machen. Es ist zu befürchten, dass Geld einen zunehmend entscheidenden Einfluss erhält und dazu führt, dass politische Parteien, welche durch finanzstarke Verbände unterstützt werden, im politischen Wettbewerb einen Vorteil geniessen. Dies verschleiert den politischen Markt und erschwert den

fairen politischen Wettbewerb. Das widerspricht unseren demokratischen Prinzipien. Wir wollen keine gekaufte Demokratie.

Schlechte Noten also für die Schweiz: Im Korruptionsindex von Transparency International rutschte die Schweiz um vier Ränge ab. Ein Grund dafür ist eben, dass Parteien nicht offenlegen müssen, wer sie finanziert, woher ihre Gelder stammen.

Die Schweiz ist eine der wenigen Demokratien, die keine gesetzliche Regelung zur Parteienfinanzierung kennt. Der Schweizer Stimmbevölkerung wird somit grundsätzlich der Einblick in die finanziellen Interessenlage der Parteien verwehrt. Eine solche Offenlegung verlangt jedoch die UNO-Konvention gegen Korruption. Die Schweiz hat diese Konvention ratifiziert.

Das demokratische Image der Schweiz verschlechterte sich unter anderem durch die Bekanntgabe, der Parteispende der UBS an die CVP in der Höhe von 150'000 Franken. Die Spende war im Mai 2009 publik geworden und sorgte in der Öffentlichkeit für heftige Kritik. Dies insbesondere weil die UBS kurz zuvor mit Steuergeldern massiv gestützt wurde.

Die intransparente Finanzierung der bürgerlichen Parteien durch die Schweizer Banken ist ein staatspolitischer Sündenfall. FDP-Nationalrat Otto Ineichen hat in der SF-Sendung „Standpunkte“ 2009 offen zugegeben, dass die Finanzierung der Schweizer Politik durch obskure Lobbying-Gelder massiven Schaden anrichtet.

Die Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) haben der Schweiz nach den vergangenen Nationalratswahlen 2007 entschieden empfohlen, die Finanzierung von Parteien offen zu legen. Ohne Offenlegung ist es laut der OSZE möglich, unbemerkt grossen Einfluss auf die Politik zu nehmen. Im letzten Nationalratswahlkampf hätten die Parteien und Kandidierenden mehr Geld als jemals zuvor bei einer Wahl in der Schweiz ausgegeben. Die OSZE ist der Meinung, dass Transparenz zentral ist für demokratische Wahlen. Dies entspricht übrigens auch den Richtlinien des Europarates. Beides sind Organisationen, die eine ausgewiesene Fachkompetenz in Fragen von Demokratiestandards besitzen.

Es ist ein normaler demokratischer Prozess, dass Verbände oder Unternehmen mit der Politik im Dialog stehen, und dass sie gewisse Projekte die ihre Interessen tangieren unterstützen oder bekämpfen.

Dies muss jedoch immer transparent sein und offen gelegt werden. Denn nicht selten wird durch Wahlkampf- oder Parteienfinanzierung auch die Unabhängigkeit der Politikerinnen und Politiker in Frage gestellt. Dass die Parteien mit dem einen oder anderen Verband oder Unternehmen in Kontakt stehen ist nicht problematisch. Nur ist die Öffentlichkeit daran interessiert, ob daraus auch geldwerte Leistungen erwachsen.

Die Kantone Tessin und Genf haben heute eine Offenlegung der Finanzen gesetzlich geregelt. Im Kanton Tessin verpflichtet ein Gesetz, das seit 1998 besteht, dass Parteien Spenden, welche eine Höhe von 10'000 Franken übersteigen, bei der Staatskanzlei melden, sowie die Identität der Donatoren offenlegen müssen. Im Kanton Genf müssen Parteien jährlich ihre Rechnung und die Namen ihrer Sponsoren kantonalen Finanzinspektoren präsentieren. Die Forderung ist also auch in den Kantonen durchaus praktikabel.

Wir wollen einen fairen Wettbewerb um politische Macht. Deshalb ist es nötig, Rahmenbedingungen und Spielregeln aufzustellen. Es geht dabei um Chancengleichheit, Transparenz und Offenheit gegenüber der Öffentlichkeit – und es geht auch darum, dass alle Parteien nach denselben Regeln ihre finanziellen Einkünfte offenlegen.

Das sind zentrale Anliegen unserer Demokratie. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger könnten sich mit der Forderung nach mehr Transparenz endlich ausreichend über die politischen Einflüsse grosser Geldgeber sowie die finanziellen Verflechtungen und potenziellen Abhängigkeiten der Parteien und der Wahl- und Abstimmungskomitees informieren.

Die Formulierung des Vorstosses ist relativ offen. Die ideale Prozedur und Handhabung der Transparenz wäre dann durch die Regierung und den Grossen Rat zu erarbeiten.

Um zu funktionieren, ist unsere Demokratie nicht nur auf Geld, sondern vor allem auch auf die Legitimation in der Bevölkerung angewiesen. Die heutige Intransparenz schadet der Legitimität der Politik. Eine transparentere Parteienfinanzierung wäre für die Parteien eine Möglichkeit, ihre Unabhängigkeit von ihren Finanzierungsquellen zu beweisen.

Ich bitte euch deshalb um Unterstützung des vorliegenden Vorstosses und verlange eine punktweise Abstimmung.

Zweites Votum:

Werte Kolleginnen und Kollegen

Ich danke für die Diskussionen und habe dazu folgende Ergänzungen, die mir doch noch wichtig erscheinen:

Zur Frage der öffentlichen Parteienfinanzierung: (BDP-Widmer)

Die Beispiele Genf und Tessin zeigen, dass mehr Transparenz überhaupt nicht zwingend mit einer öffentlichen Parteienfinanzierung zusammenhängt. Im Kanton Genf ist die Parteienfinanzierung kombiniert. Der Kanton Tessin kennt wie der Kanton Bern keine direkte Parteienfinanzierung. Wir im Kanton Bern kennen eine indirekte Parteienfinanzierung, die über die Fraktionen erfolgt. Diese indirekte Finanzierung der Parteien durch den Staat ist sogar angestiegen. Dies ohne dass im Gegenzug Vorschriften zur Offenlegung der privaten Finanzierung entstanden sind. Das nationale Parlament erhöhte 2009 die Fraktionsbeiträge des Bundes um mehr als 50 Prozent.

Zur Ausgestaltung der Transparenz in Bern: Wie unser Kanton bei einer Annahme des Vorstosses mehr Transparenz direkt regeln würde, ist noch offen. Die ideale Ausgestaltung wird Aufgabe der Regierung sein. Der Vorstoss ist also insbesondere in Punkt 2 sehr offen.

Bemerkenswert finde ich insbesondere, dass allen voran die SVP gegen mehr Transparenz ist: Denn sie betont gerne ihre Volksverbundenheit. Es steht daher die Vermutung im Raum, dass die Partei von gewissen grossen Firmen oder reichen Einzelpersonen abhängig ist. Wäre es anders, gäbe es keinen Grund gegen Transparenz zu sein.

Politologe Wolf Linder sieht bei der Propaganda zwei gravierende Nachteile: Erstens verdecke diese in vielen Fällen die Herkunft ihrer Mittel (...). Zweitens führe Propaganda zu einem Abstimmungskampf mit ungleich langen Spiessen dort, wo die Mittel einseitig verteilt sind. (...) Ich zitiere: „Hier wird die Demokratie zu einer Frage des Geldes, und die verfassungsmässige Garantie der unabhängigen Meinungsbildung wie der unverfälschten Partizipation wird zur Farce.“ (Linder, Wolf: Schweizerische Demokratie, 2005)

Die Stimmberechtigten wollen mehr Transparenz: Jedenfalls gemäss Umfragen der Tagesschau (2000) sowie Umfragen im Rahmen von UNIVOX. Die haben 2002 ergeben, dass rund 78 % der schweizerischen Wahlberechtigten eine Offenlegungspflicht der Parteispenden befürworten. In den letzten Jahren ist dieses Bedürfnis sogar noch gestiegen, was die Umfrage von UNIVOX 2007 bestätigte. 87 Prozent der Stimmberechtigten fordern eine Offenlegung der Herkunft der Gelder für eine Abstimmungskampagne. Die Offenlegung sei

gemäss UNIVOX auch bei Sympathisanten und Sympathisantinnen der bürgerlichen Parteien klar mehrheitsfähig.

Mit der Annahme dieser Motion können wir in der Bevölkerung ein bisschen mehr Vertrauen schaffen für unsere Parteien und für unsere Arbeit als Politikerinnen und Politiker. Davon bin ich überzeugt.

Reden wir nicht nur davon, sondern packen wir es heute im Kanton Bern an. Mit der Annahme des vorliegenden Vorstosses können wir dem Wunsch nach mehr Transparenz der Bevölkerung entsprechen. Verlieren können wir gar nichts, denn wer nichts zu verbergen hat, kann auch nichts gegen mehr Transparenz haben.

Ich danke für die Unterstützung der Motion.